

**Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin**

Ausschuss für Klimaschutz, Grünanlagen,
Spielplätze, Umwelt und Natur
IX. Wahlperiode



Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin
Fröbelstraße 17, 10405 Berlin
Telefon 90295 - 5002 / 5003
Fax 90295 - 6515
E-Mail bvv.buero@ba-pankow.de
Internet <http://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/>

Berlin, den 05.02.2026

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur Öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur ein.

am Donnerstag, 12.02.2026

um 17:15 Uhr

im Haus 7, BVV-Saal, Bezirksamt Pankow von Berlin, 10405 Berlin, Fröbelstraße 17

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Abstimmung über die Tagesordnung (5 Minuten)
- 2 Protokollkontrolle -offene Protokolle - 10.07.2025, 06.11.2025, 08.01.2026, 22.01.2026 (liegt vor) (5 Minuten)
- 3 Bericht - Aktuelles aus dem Bezirksamt mit Nachfragen
Bericht Bezirksbürgermeisterin, Fragen und Diskussion (ca. 15 Minuten)
- 4 Themenschwerpunkt: Vorstellung Pflegekonzept Mauerpark, Aktueller Sachstand
Klimaanpassungskonzept
- 5 Aktuelle Drucksachen:
 - 5.1 Straßenbaumkonzept für Pankow - Transparenz und Beteiligung, Entsiegelung für neue Baumstandorte
Drucksache: IX-0516 Fraktion B90/Die Grünen aus BVV 14.12.2022
 - 5.2 Pro Kind ein Baum - Jahrgangspflanzungen mit den Berliner Forsten
Drucksache: IX-0816 Die Linke ff. Finanzen
 - 5.3 Bürgergarten Mühlenkiez (Flurstück 280, Thomas-Mann-Straße)
Drucksache: IX-1224 Fraktion Bündnis 90/Grüne, Stadt ff., mit. Gleibewi
 - 5.4 Mehr Klimaanpassung für Pankow - BäumePlus-Gesetz erfolgreich umsetzen
Drucksache: IX-1287 Mobi ff.
 - 5.5 Bäume für Pankow - Förderungen für öffentliche Flächen nutzen
Drucksache: IX-1225 Fraktion Bündnis 90/Grüne, Klima ff.

5.6 Gemeinsam für Kinder und Jugendliche - Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen
Drucksache: IX-1304

Linksfraktion, Fin. ff.

5.7 Ganzjähriges Böllerverbot im gesamten Bezirk Pankow

Drucksache: IX-1330 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Mobi. federführend

5.8 Hitzeresiliente Stadtentwicklung durch blau-grüne Infrastruktur

Drucksache: IX-1334 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fin. federführend

6 Sonstiges:

nächster Ausschuss 26.02.2025 Themenschwerpunkt: noch offen

Mit freundlichen Grüßen

gez. Katrin Maillefert
Ausschussvorsitz

BERLIN

**Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin**

IX-0516**Antrag**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beratungsfolge:

14.12.2022

BVV

BVV/011/IX

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Betreff: Straßenbaumkonzept für Pankow – Transparenz und Beteiligung,
Entsiegelung für neue Baumstandorte

Die BVV möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird ersucht, nach dem Modell „Straßenbaumkonzept Leipzig 2030“ ein Konzept für die Bestandsweiterung an Pankower Straßenbäumen zu erstellen bzw. sich bei der Senatsverwaltung für die Erstellung oder Förderung eines solchen Konzeptes einzusetzen. Das Konzept soll die Basis für eine ausreichende, langfristige Finanzierung des Bestandserhalts und eines geplanten Bestandszuwachses an Straßenbäumen in Pankow bilden.

Die Prioritäten sollen sein:

1. Erstpflanzungen sowie Ergänzungsplanzungen auf derzeit leeren Baumscheiben,
2. Schaffung von neuen Baumstandorten durch Entsiegelung von Flächen des ruhenden Verkehrs,
3. Verbesserung von Baumstandorten durch Entsiegelung und Baumscheibenerweiterungen,
4. Beteiligung der Einwohner:innen und Transparenz der Planung und Maßnahmen.

Berlin, den 06.12.2022

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
gez. BV Almuth Tharan, BV Hannah Wettig, BV Axel Lüssow

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen

_____ beschlossen mit Änderung

_____ abgelehnt

_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

einstimmig

mehrheitlich

Ja-Stimmen

Gegenstimmen

Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die „Baumleitplanung“ Pankow seit 2008 erfasste 33 Straßen, das „Straßenbaumkonzept“ 2018 weitere 8 Straßen – mit der Greifswalder Straße soll die letzte in den Ausschüssen vorgestellte Planung umgesetzt werden. Auf der Internetpräsenz des Bezirksamtes gibt es außer sporadischen Pressemitteilungen zu einzelnen kurz bevorstehenden Maßnahmen keine Informationen dazu – im sonstigen Internet ist nur die Beauftragung eines Büros für die erste Baumleitplanung zu finden. Es gab wenige Rundgänge vor Ort – Baumgutachten, die in Folge beauftragt wurden, wurden wie in der Seelower Straße vom Bezirksamt ignoriert, und vom Gutachter für erhaltenswert angesehene Bäume dennoch gefällt.

Für Anwohner:innen ist es nicht nachvollziehbar, welche Baumscheiben wieso leer sind, und eine systematische Überprüfung der potenziellen Baumstandorten findet überhaupt nicht mehr statt (vgl. KA-0421/IX). Die einzige Möglichkeit zur Beteiligung ist eine Spende für die „Stadtbaumkampagne“ des Landes oder „100 Bäume für Pankow“. Selbst die neue gesamtstädtische Zielvereinbarung für Straßenbäume kann nach Einschätzung des Bezirksamtes den Rückgang des Bestands nur bremsen (vgl. KA-0421/IX).

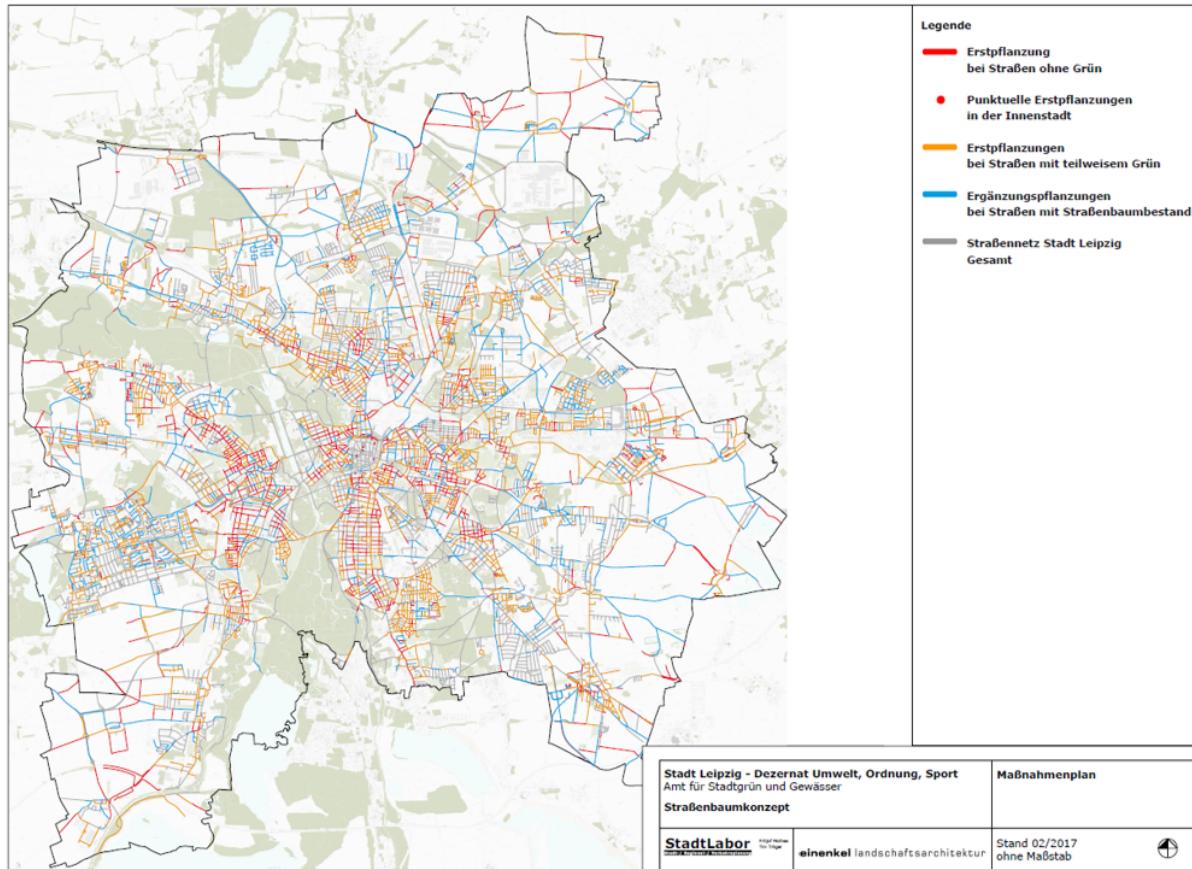
Aufgrund der zunehmenden Flächenkonkurrenzen und den Klimawandel ist ein vorausschauendes, beteiligendes Konzept notwendig, das notwendige Kosten ausweist und mehr Bäume in Pankows Straßenraum bringt. Dafür muss vermieden werden, Bestandsbäume mit hoher Ökosystemleistung gegen „neue“ Bäume zu tauschen, die aufwändiger Wässerung bedürfen und oftmals bereits im Pflegezeitraum absterben.

Ein solches Konzept mit den Prioritäten Beteiligung, Entsiegelung und Erstpflanzungen wurde seit 2016 in Leipzig erarbeitet, und im Jahr 2019 wurde „Straßenbaumkonzept Leipzig 2030“ [1] beschlossen: „Die Erweiterung des Straßenbaumbestandes – als einen wesentlichen Bestandteil der urbanen grünen Infrastruktur – leistet einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des Luftreinhalteplanes und des Stadtentwicklungsplanes Verkehr und öffentlicher Raum sowie zur Anpassung an den Klimawandel“. In Leipzig gibt es 57.000 Straßenbäume, in Pankow 44.000. Leipzig hat sich das Ziel von 1000 neuen Bäumen pro Jahr gesetzt – und auch in Pankow gibt es viel Potenzial für neue Baumstandorte durch Entsiegelung.

Die Einwohner:innen konnten sich in Leipzig über einen umfangreichen Beteiligungs- und Abstimmungsprozess mit Wünschen für Baumstandorte einbringen und an den Planungen aktiv mitwirken. Dadurch wurden verschiedene Interessen im Hinblick auf den Straßenbaum gebündelt, die schließlich ein abgestimmtes, nachvollziehbares und umsetzungsorientiertes Handlungsinstrument ergeben. Durch Entsiegelung entstehen Baumscheibenerweiterungen, Neupflanzungen werden nach dem standardisierten „Zwickauer Modell“ [2] durchgeführt, so dass auf ehemaligen Parkplätzen gute Standorte für großkronige Bäume entstehen. Auch die Entscheidung zur Überprüfung der Verkehrssicherheit von Bäumen ist als ein Teil des Konzeptes transparent und nachvollziehbar.

[1] <https://www.leipzig.de/umwelt-und-verkehr/umwelt-und-naturschutz/baeume-und-baumschutz/strassenbaumkonzept-leipzig-2030/>

[2] https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/o2_3 Dez3_Umwelt Ordnung_Sport/67_Amt fuer Stadtgruen und Gewaesser/Baeume_Baumschutz/Pflanzplaene_2018/Regelquerschnitt_Zwickauer_Modell.pdf



BERLIN

**Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin**

IX-0816**Antrag**

Linksfraktion

Beratungsfolge:

13.12.2023

BVV

Ursprung:
Antrag, Linksfraktion
Mitzeichnungen:

BVV/019/IX

Betreff: Pro Kind ein Baum – Jahrgangspflanzungen mit den Berliner Forsten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, zusammen mit den Berliner Forsten für jedes neugeborene, in Pankow gemeldete Kind einen Baum zu pflanzen. Die Neupflanzungen sollten dann mit den jeweiligen Geburtsjahrgängen versehen werden und die Eltern bspw. mit den Unterlagen, die vom Bezirksamt versendet werden, informiert werden, wo die Pflanzungen stehen.

Berlin, den 05.12.2023

Einreicher: Linksfraktion

BV Katrin Maillefert, BV Maria Bigos, BV Maximilian Schirmer

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen

_____ beschlossen mit Änderung

_____ abgelehnt

_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig

_____ mehrheitlich

_____ Ja-Stimmen

_____ Gegenstimmen

_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Von Geburt an soll für die neue Bürgerin bzw. den neuen Bürger eine Verbundenheit mit unserem Bezirk und vor allem mit der Natur auch in einer Großstadt geschaffen werden. Vor diesem Hintergrund soll jedem neu geborenen Kind im Bezirk Pankow zu seiner/ihrer Geburt symbolisch ein Baum geschenkt werden.

Bäume binden Kohlenstoff und helfen damit die Menge an klimaschädlichen CO₂ in der Erdatmosphäre zu reduzieren. Den Kohlenstoff nutzen sie für ihr Wachstum und speichern es in ihrer Holzmasse – Baum und Kind wachsen dann gemeinsam in unserer Stadt heran. Wir wollen damit einen kleinen Beitrag zur Umwelt leisten und den Kindern von Anfang an die Natur ans Herz legen.

BERLIN

**Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin**

IX-1224**Antrag**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

02.07.2025 BVV

BVV/032/IX

Betreff: Bürgergarten Mühlenkiez (Flurstück 280, Thomas-Mann-Straße)**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, die öffentliche Grünanlage des Flurstücks 280 (nördlich des Pavillons Mühlenpromenade, westlich der Thomas-Mann-Straße) zu einem Bürgergarten zu qualifizieren, der modellhaft und beispielgebend Soziales, Gesundheit und Stadtnatur verbindet und damit ein gesundes, menschen- und tiergerechtes Pankow unterstützt.

Das Bezirksamt soll eine Finanzierung über „Wachstum und Nachhaltige Erneuerung“ der Städtebauförderung sowie Ausgleichsmittel prüfen. Für einen zeitnahen Beginn und eine sukzessive Aufwertung sollen möglichst weitere Fördermöglichkeiten - z.B. „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ (NKK) - eingeworben und dafür eine entsprechende Ko-Finanzierung gesichert werden.

Der Bürgergarten soll gemeinschaftliches, barrierearmes und ökologisches Gärtnern („Urban Gardening“) ermöglichen. Die Grünfläche soll dafür entsiegelt, mit Schonung der anliegenden Fauna ökologisch gestaltet und gepflegt werden. Orientierung soll dabei der Artenschutz und das Berliner Handbuch Gute Pflege bieten. Ziel soll es auch sein, Lebensräume für Wildtiere zu schaffen, durch z.B. Sträucher und Hecken. Bei der Planung, Gestaltung und Betreuung des Bürgergartens sollen Anwohnende, Stadtteilzentren, Verbände und andere Initiativen im Kiez aus den Bereichen Soziales, Gesundheit und Stadtnatur einbezogen werden.

Um Pankow als „Schwammstadt“ zu unterstützen, soll das Bezirksamt prüfen, inwieweit das Dach des angrenzenden Quartierspavillons zum Auffangen von Regenwasser genutzt werden kann. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob der Gartenwasseranschluss des Pavillons für den Bürgergarten mitgenutzt oder ein eigener Wasseranschluss bzw. eine Pumpe ermöglicht werden kann. Das Bezirksamt soll weiterhin prüfen, ob langfristig eine Integration des Quartierpavillons, z.B. als Café und soziale Begegnungsstätte, mit dem Konzept des Bürgergartens möglich ist.

Berlin, den 24.06.2025

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
BV Almuth Tharan, BV Christoph Göring, BV Axel Lüssow, BV Oliver Jütting, BV
Heike Schmidt

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen

_____ beschlossen mit Änderung

_____ abgelehnt

_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

einstimmig

mehrheitlich

Ja-Stimmen

Gegenstimmen

Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Das 76 Hektar große Gebiet östlich der Greifswalder Straße (Mühlenviertel) wurde am 2002 gemäß § 171b BauGB als Fördergebiet festgelegt, der Start der Förderung war 2017. Eines der Leitbilder und die Entwicklungsziele ist, die vorhandenen öffentlichen Spiel- und Bewegungsflächen sowie den Grün- und Freiraum aufzuwerten und an die klimatischen Veränderungen anzupassen. Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) benennt bereits 2017 die Verbesserung der Aufenthaltsqualität der Grün- und Freiflächen als Schlüsselmaßnahme im Gebiet.

Im Rahmen des Grün- und Freiflächenkonzeptes Greifswalder Straße wurde 2021 u.a. die Qualifizierung der Freifläche am Kiezpavillon zu einer Grünfläche mit Bürgergarten für die Bewohner des Mühlenviertels festgelegt. Mit der Entwicklung eines Bürgergartens könne ein Angebot geschaffen werden, die Freifläche gärtnerisch, aber auch mit gemeinsamen Aktivitäten zu beleben. Jedoch ist im Maßnahmensteckbrief der Bürgergarten lediglich als "optional" gekennzeichnet - und allein daher ist eine Anregung des bezirklichen Verwaltungshandelns notwendig. Für bürgerschaftliche Projekte stehen zwar direkte Fördermittel für Engagement in Nachbarschaften (FEIN) bereit, bei denen „Urban Gardening“ stärker berücksichtigt werden sollte - diese Finanzierung reicht jedoch nicht aus, um die betreffende Fläche ursächlich zu qualifizieren.

Mit dem Programm "Nachhaltige Erneuerung" wurde bisher zwar ein Gebietsbeauftragter für die Jahre 2025 und 2026 finanziert, aber die Maßnahme der Neugestaltung der Mühlenpromenade erfasst nicht die Grünfläche des Flurstücks 280 - allerdings wird südlich der Promenade bereits über einen Ideenwettbewerb eine Kooperation mit Wohnungsbaugesellschaften realisiert, die als Vorbild für die nördliche Fläche dienen kann.

Das Flurstück 280 befindet sich im Fachvermögen des Straßen- und Grünflächenamtes (SGA) Pankow, die aktuelle Gebietsförderung erfolgt unter Federführung des Amtes für Stadtentwicklung. Der Pavillon befindet sich im Fachvermögen des Schul- und Sportamts.

Für die Umsetzung des Bürgergartens sind Mittel aus Förderprogrammen erforderlich. Zum Beispiel das Förderprogramm Natürlicher Klimaschutz in den Kommunen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) umfasst die Module Entsiegelung und Wiederherstellung von Bodenfunktionen, naturnahes Grünflächenmanagement, Pflanzung von Bäumen und Schaffung von Naturoasen - als Teil einer finanzschwachen Kommune gilt für Pankow ein Fördersatz von 90%, eine Kombination mit weiteren Fördermitteln ist möglich.

BERLIN

**Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin**

IX-1287**Antrag**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.11.2025 BVV

BVV/034/IX

Betreff: Mehr Klimaanpassung für Pankow - BäumePlus-Gesetz erfolgreich umsetzen**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, sich aktiv, gemeinsam und zielgerichtet an der erfolgreichen Umsetzung der Ziele des Gesetzes für ein Klimaanpassungsgesetz Berlin und zur Änderung weiterer Vorschriften zu beteiligen. Hierzu soll das Bezirksamt insbesondere

- das Miteinander statt Gegeneinander fördern, indem neue Baumstandorte mit anderen Flächenbedarfen weitmöglichst vereinbar gestaltet werden – sowohl durch vorausschauende Planung als auch z. B. durch den Einsatz von Wurzelkammersystemen, die sowohl für Flächen des ruhenden als auch des fahrenden Verkehrs eingesetzt werden können,
- ein zeitweiliges Moratorium oder eine bessere Steuerung bzw. Koordinierung für die weitere ungeplante Verlegung von Telekommunikationsleitungen prüfen, um die Grundlagen für die Umsetzung des Gesetzes zu erhalten und eine vorausschauende Planung für Baumpflanzungen sowie eine ausreichende Abwägung mit dem Baumschutz und neuen Baumstandorten zu ermöglichen,
- der Öffentlichkeit sowie der BVV bzw. den zuständigen Fachausschüssen regelmäßig über die Fortschritte bei der Umsetzung des Gesetzes berichten,
- die Öffentlichkeit über Möglichkeiten der Bürgerkooperation informieren und rechtzeitig die Rahmenbedingungen auch für innovative Methoden setzen, damit die Ziele des Gesetzes erreicht werden können,

Abstimmungsergebnis:

beschlossen

beschlossen mit Änderung

abgelehnt

zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

einstimmig

mehrheitlich

Ja-Stimmen

Gegenstimmen

Enthaltungen

federführend

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

- für mehr Transparenz sorgen, neben vollständigen Listen von Baumfällungen im öffentlichen Raum [3] nach dem Vorbild anderer Bezirke [4] auch regelmäßig und gesammelt darüber zu informieren, welche Bäume gepflanzt wurden.

Berlin, den 03.11.2025

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
gez. BV Almuth Tharan, BV Paul Schlueter, BV Axel Lüssow, BV Oliver Jüttling

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

- _____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

- einstimmig
mehrheitlich
Ja-Stimmen
Gegenstimmen
Enthaltungen

federführend

- _____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die weitgehende Übernahme des ambitionierten Entwurfs „Gesetz für ein Klimaanpassungsgesetz Berlin und zur Änderung weiterer Vorschriften“ (BäumePlus-Gesetz - KanGBInÄwV) durch das Abgeordnetenhaus ist ein riesiger Erfolg für die Zivilgesellschaft und die Umweltbewegung. Wichtig ist jetzt, dass dieses Gesetz unverzüglich und erfolgreich umgesetzt wird - auch und besonders in den Bezirken, die wesentliche Zuständigkeiten haben und entsprechende Aufgaben übernehmen werden müssen. Ab Verkündung des Gesetzes muss ein Ruck durch die Stadt gehen, um den Schwung der Volksentscheid-Initiative zu erhalten und gleichzeitig mit der „Verwaltungsreform für Bäume“ mehr Transparenz sowie möglichst zeitnahe, konkrete und sichtbare Fortschritte zu erzielen. Die frühzeitige Beteiligung der Bezirke (insbesondere auch der Straßen- und Grünflächenämter aufgrund ihrer Rolle für Baumpflanzungen) an der Umsetzungsplanung ist zentral, um z.B. bei Bedenken bzgl. der Verkehrssicherungspflicht frühzeitig gegenzusteuern und ggf. rechtzeitig weitere Anpassungen auf Landes- oder Bundesebene mitzugestalten.

- [1] <https://www.baumentscheid.de/klimaanpassungsgesetz>
- [2] <https://www.parlament-berlin.de/adoservice/19/IIIPlen/vorgang/d19-2717.pdf>
- [3] <https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/aemter/strassen-und-gruenflaechenamt/gruenflaechen/artikel.1085102.php>
- [4] <https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/aemter/strassen-und-gruenflaechenamt/gruenflaechen/baeume/artikel.1429449.php>

**Antrag**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:
 Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

02.07.2025	BVV	BVV/032/IX
16.07.2025	BVV	BVV/Forts032/IX

vertagt

Betreff: Bäume für Pankow - Förderungen für öffentliche Flächen nutzen**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, Fördermittel für die Pflanzung von Bäumen auf öffentlichen Flächen in Pankow wie insbesondere auch in Grünanlagen einzuwerben und falls notwendig eine entsprechende Ko-Finanzierung zu sichern.

Hierbei soll das Bezirksamt Fördermöglichkeiten, z.B. im Rahmen des „Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz“ die Förderung „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ einwerben und auch in der gegenwärtigen Haushaltsslage erreichen, diese Förderungen nutzen zu können.

Falls notwendig soll das Bezirksamt zusätzlich die Erstellung von Stadtbaumkonzepten berücksichtigen oder nachträglich Standorte optimieren, um Bestandsbäume zu erhalten.

Die Mittel sollen auch im Schlosspark Schönhausen eingesetzt werden, falls dies vor der Erstellung des beim „Runden Tisch Schlosspark Schönhausen“ angekündigten Parkpflegewerks im Konsens der beteiligten Ämter möglich ist.

Berlin, den 16.07.2025

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 BV Almuth Tharan, BV Christoph Göring, BV Axel Lüssow

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen

_____ beschlossen mit Änderung

_____ abgelehnt

_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig

_____ mehrheitlich

_____ Ja-Stimmen

_____ Gegenstimmen

_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Durch die Aktion „Bäume für Pankow“ [1] setzt das Bezirksamt einen Teil der Ausgleichsgelder der Baumschutzverordnung für private Flächen ein – wie viele andere Bezirke durch die Teilung der Kosten und Verantwortung für Pflanzung sowie Anwuchspflege kostensparender als reguläre Pflanzungen.

Jedoch benötigen auch die öffentlichen Flächen in Pankow- sowohl Grünanlagen als auch Stadtplätze und der Straßenraum - mehr Bäume. Im Schlosspark Schönhausen stehen lt. Bezirksamt keine finanziellen Mittel zur Verfügung (s. schriftliche Anfrage KA-1006/IX [2]) - beim Runden Tisch Schlosspark Schönhausen (vgl. BVV-Beschluss IX-0927 [3]) am 8.7.2025 wurde vom Bezirksamt jedoch dargestellt, dass bereits erfolgreich eingeworbene Förderungen aufgrund der Haushaltssperre nicht hätten genutzt werden können.

Bei entsprechenden Fördermöglichkeiten, z.B. „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ [4] der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) [5] gilt für Pankow als Teil einer finanziell schwachen Kommune ein Fördersatz von 90%, eine Kombination mit weiteren Fördermitteln ist möglich. Gerade unter den aktuellen finanziellen Herausforderungen ist es notwendig, dass der Bezirk diese Förderungen nutzen kann und wird.

Das Programm NKK 444 umfasst im Modul „Pflanzung von Bäumen“ die folgenden Maßnahmen: Stadtbaukonzepte erstellen, Einzelbäume oder Straßenbäume pflanzen, nachträglich Standorte optimieren, um Bestandsbäume zu erhalten sowie Neupflanzungen bis zu drei Jahre pflegen.

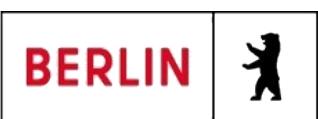
[1] <https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/aemter/umwelt-und-naturschutzaamt/naturschutz/b-ume-f-r-pankow-1513472.php>

[2] https://bvv-pankow.berlin.de/pi-r/ka020_r.asp?KALFDNR=4788

[3] https://bvv-pankow.berlin.de/pi-r/vo020_r.asp?VOLFDNR=6869

[4] <https://www.bfn.de/aktuelles/natuerlicher-klimaschutz-kommunen-foerderprogramm-wird-fortgesetzt>

[5] [https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/%C3%96ffentliche-Einrichtungen/St%C3%A4dte-und-Gemeinden-gestalten/F%C3%B6rderprodukte/Nat%C3%BCrlicher-Klimaschutz-in-Kommunen-\(444\)](https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/%C3%96ffentliche-Einrichtungen/St%C3%A4dte-und-Gemeinden-gestalten/F%C3%B6rderprodukte/Nat%C3%BCrlicher-Klimaschutz-in-Kommunen-(444))



**Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin**

IX-1304

Antrag

Linksfraktion

Beratungsfolge:

10.12.2025 BVV

BVV/035/IX

Ursprung:
Antrag, Linksfraktion
Mitzeichnungen:

Betreff: Gemeinsam für Kinder und Jugendliche - Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow beschließt, einmal jährlich eine außerordentliche Sitzung zu kinder- und jugendpolitischen Themen durchzuführen.

Das Bezirksamt soll in dessen Bericht zur Sitzung insbesondere auf die Umsetzung des Aktionsplanes der Kinderfreundlichen Kommune eingehen. Nach Abschluss der Umsetzung des Aktionsplanes, soll das Bezirksamt darlegen, wie die Umsetzungen erhalten und gestärkt werden und welche weiteren geschäfts- und fachbereichsübergreifenden Maßnahmen erarbeitet werden, um die Pankower Kinder, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien in ihren Rechten zu stärken und gezielt zu unterstützen. Im Weiteren sind auch die Berliner Leitlinien für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt und sich daraus ergebene Umsetzungen und Maßnahmen darzulegen und voranzutreiben.

Die Fachausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung, sollen analog mindestens einmal jährlich im Rahmen ihrer ordentlichen Sitzungen zu den Umsetzungen der Kinderfreundlichen Kommune und weiteren Vorhaben, die ihre Themengebiete mit einschließen, beraten und sich ebenfalls daran beteiligen fachübergreifende Maßnahmen für die jüngsten Mitbürger*innen zu realisieren.

Die Fraktionen sind im Rahmen der geforderten Sondersitzung der Bezirksverordnetenversammlung mit Schwerpunkt auf Kinder- und Jugendpolitik angehalten themenspezifische Anträge einzubringen, die die Umsetzung der Kinderrechte in Pankow vorantreiben: das Recht auf Gleichheit, Fürsorge und Förderung, Bildung und Meinungsbildung, Teilhabe und Beteiligung, Gesundheitsversorgung, gewaltfreies Aufwachsen, besonderen Schutz und Hilfe sowie das Recht auf Spiel und Freizeit.

Kindern und Jugendlichen soll im Rahmen der Sitzung die Möglichkeit gegeben werden, Fragen zu stellen und sich an den Debatten zu beteiligen.

Berlin, den 02.12.2025

Einreicher: Linkspartei,
BV Maria Bigos, BV Maximilian Schirmer

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

- _____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

- einstimmig
mehrheitlich
Ja-Stimmen
Gegenstimmen
Enthaltungen

federführend

- _____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Begründung:

2019 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung, dass Pankow sich auf die Auszeichnung als „Kinderfreundliche Kommune“ der Vereinten Nationen bewerben solle. Der Bezirk machte sich dann zwischen 2020 und 2023 auf den Weg und erarbeitete in einem umfangreichen Erarbeitungs- und Beteiligungsverfahren einen Aktionsplan. 2024 wurde Pankow dann endlich das UN-Siegel der Kinderfreundlichen Kommune verliehen. Diesen Aktionsplan gilt es bis 2027 umzusetzen. Die umgesetzten Maßnahmen sollen jedoch langfristig und somit auch über 2027 wirken, um aus Pankow einen grundlegend kinderfreundlichen Bezirk zu machen. Im Zentrum steht die Verwirklichung der UN-Kinderrechtskonvention, die in Deutschland seit 2010 uneingeschränkt gelten. Die Umsetzung des Aktionsplanes erfordert ein geschäfts- und fachbereichsübergreifendes Agieren, wie bspw. bei der sozialräumlichen Öffnung von Schulen oder der Etablierung von Jugendorten.

Doch auch abseits der kinderfreundlichen Kommune gibt es Vorhaben und vor allem gesetzliche Vorgaben, die nur geschäfts- und fachbereichsübergreifend erfüllt werden können. Der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdungen wäre ohne Meldeketten und Kooperationen mit Schulen kaum möglich. Die Hilfeplanung benötigt ebenfalls das Zusammenwirken von Akteur*innen aus den unterschiedlichen Fachämtern des Bezirksamtes, Bildungseinrichtungen sowie Sozial- und Jugendhilfeträgern – insbesondere im Übergang in die berufliche Bildung und ins Erwachsenenalter. Die Frühen Hilfen Pankow arbeiten wiederum eng mit dem Gesundheitsamt zusammen und beteiligen sich auch an Kooperationen mit externer medizinischer Expertise, wie der Schreibbabyambulanz der Charité. In der Eingliederungshilfe ist insbesondere die Schnittstelle zwischen Jugend und Schule sowie in die Erwachsenenhilfe mit verbindlichen Absprachen auszugestalten, um Zuständigkeitsklärungen zu minimieren und einen nahtlosen Übergang der Hilfen zu gewährleisten. Das Thema Barrierefreiheit ist hinsichtlich ihrer unterschiedlichen Dimensionen bzgl. baulicher und räumlicher, digitaler und kommunikativ-sprachlicher Barrierefreiheit als übergreifende Gesamtaufgabe breit und für alle Altersgruppen zu bearbeiten – das gilt auch für die Verkehrsberuhigung sowie die Schaffung, den Erhalt und die Nutzung von Grünflächen und Naherholungsgebieten im Bezirk.

Um diesem rechtskreisübergreifenden und interdisziplinären Ansatz gerecht zu werden, braucht es eine genauso aufeinander bezogene politische Ausrichtung und Schwerpunktsetzung. Dies ist aber regelmäßig nicht der Fall. In der Praxis wird die Umsetzung der Kinderfreundlichen Kommune und die Ausgestaltung der dazugehörigen Schnittstellenarbeit mehrheitlich im Rahmen der Jugendhilfe verstanden. Dabei legt auch die 1999 erarbeitete Berliner Leitlinie für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt fest, dass die Belange von Kindern und Jugendlichen bei Entscheidungen zu berücksichtigen sind; dass der besondere Schutz des Kindeswohls und die Förderung von Kindern und Jugendlichen leitendes Prinzip für jegliches Verwaltungshandeln ist.

Obwohl die BVV selbst beschlossen hat, Pankow zu einer Kinderfreundlichen Kommune zu machen, befasst sie sich selbst zu wenig mit den dazugehörigen Herausforderungen und

Möglichkeiten. Letztlich wurden für die Umsetzung der Kinderfreundlichen Kommune weder personell noch finanziell ausreichend Ressourcen zur Verfügung gestellt. Die Realisierung wesentlicher Ziele der Kinderfreundlichen Kommune ist dadurch stark gehindert bis gefährdet. Insbesondere aber in Zeiten der Politikverdrossenheit, muss der heranwachsenden Generation mit klaren Ergebnissen gespiegelt werden, dass ihr Recht auf Beteiligung nicht nur ein Recht auf ein einfaches Gehörtwerden ist, sondern ein Recht auf Selbstverwirklichung und Selbstermächtigung, das die Politik ernst nimmt, für das die Politik die Rahmenbedingungen setzt und dann auch entsprechende Ergebnisse produziert. Die Beschlussfassung zur Kinderfreundlichen Kommune 2019 war somit nicht das Ende der politischen Arbeit und Verantwortung der BVV bei der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Pankow, sondern ihr Anfang und vor allem eine Selbstverpflichtung.



**Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin**

IX-1330

Antrag

Faktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:
Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

28.01.2026 BVV

BVV/036/IX

Betreff: Ganzjähriges Böllerverbot im gesamten Bezirk Pankow

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, die zuletzt erlassenen Allgemeinverfügungen zur Abbrennung von pyrotechnischen Gegenständen der Kategorie F2 mit ausschließlicher Knallwirkung (sogenannte Böller) für den gesamten Zeitraum des Jahreswechsels zu erweitern.

Das Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen der Kategorien F1 (Kleinstfeuerwerk) sowie F2 ohne ausschließliche Knallwirkung (sogenanntes Raketenfeuerwerk) soll weiterhin vom 31. Dezember ab 18 Uhr bis zum 1. Januar um 7 Uhr gestattet sein. Das Bezirksamt soll die außerhalb Silvester beantragbaren Ausnahmegenehmigungen ebenfalls entsprechend beschränken.

Die Änderungen sollen zum Jahreswechsel 2026/27 wirksam werden.

Das Bezirksamt soll weiterhin prüfen, für sensible Bereiche wie die Nähe von Grünanlagen oder Schutzgebieten auch Raketenfeuerwerk ganzjährig zu beschränken.

Darüber hinaus soll sich das Bezirksamt beim Land Berlin für ein einheitlich in allen 12 Bezirken geltendes ganzjähriges Böller verbot (Kategorie F2 mit ausschließlicher Knallwirkung) einsetzen.

Berlin, den 20.01.2026

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
gez. BV Almuth Tharan, BV Paul Schlüter, BV Carola Ehrlich-Cypra, BV Axel Lüssow, BV Katharina Koufen

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen

_____ beschlossen mit Änderung

_____ abgelehnt

_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

einstimmig

mehrheitlich

Ja-Stimmen

Gegenstimmen

Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Abstimmungsergebnis:

- _____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

- einstimmig
mehrheitlich
Ja-Stimmen
Gegenstimmen
Enthaltungen

federführend

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Das Bezirksamt Pankow hat für die vergangenen Jahreswechsel jeweils eine Allgemeinverfügung [1, vgl. 2] erlassen, dass pyrotechnische Gegenstände der Kategorie F2 mit ausschließlicher Knallwirkung über das vom 02.01. bis 30.12. bestehende Abbrennverbot hinaus am 31. Dezember 2025 vor 18 Uhr und am 01. Januar 2026 nach 7 Uhr im gesamten Gebiet des Bezirks Pankow von Berlin nicht abgebrannt werden dürfen.

Als sachlich und örtlich zuständige Behörde kann das Ordnungsamt des Bezirksamtes Pankow von Berlin nach § 24 Abs. 2 Satz 2 1. Sprengstoffgesetz (SprengV) [2] allgemein anordnen, dass pyrotechnische Gegenstände der Kategorie F2 mit ausschließlicher Knallwirkung in bestimmten dichtbesiedelten Gemeinden oder Teilen von Gemeinden zu bestimmten Zeiten auch am 31. Dezember und am 1. Januar nicht abgebrannt werden dürfen. Vor allem sämtliche städtische Gegenden können als dicht besiedelte Gebiete bewertet werden. Die Norm eröffnet einen Ermessensspielraum zugunsten der zuständigen Behörde – für die „bestimmte Zeit“ kann daher als Zeit auch zwischen 31. Dezember 18 Uhr und 1. Januar 7 Uhr bestimmt werden.

Die aktuell beantragbaren Ausnahmegenehmigungen [4] für den Zeitraum außerhalb des Jahreswechsels beinhalten bisher keine weitere Einschränkung der Kategorie F2 – jedoch kann die zuständige Behörde nach § 24 Abs.1 1. SprengV diese Ausnahme ebenfalls weniger weitgehend gestalten.

[1] https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/aemter/ordnungsamt/dokumente/pdf-dateien/av_verbot_des_abbrennens_von_feuerwerk_jahreswechsel-2025_2026_veroeffentlichung_ba_pankow_1.pdf

[2] https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/Verkehr/Feinstaub/Kommunale_M%C3%B6glichkeiten_der_Beschr%C3%A4nkung_von_Silvesterfeuerwerk.pdf

[3] https://www.gesetze-im-internet.de/sprengv_1/1._SprengV.pdf

[4] <https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/aemter/ordnungsamt/service/genehmigte-feuerwerke-im-bezirk-pankow-243453.php>



**Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin**

IX-1334

Antrag

Ursprung:
Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
28.01.2026 BVV BVV/036/IX

Betreff: Hitzeresiliente Stadtentwicklung durch blau-grüne Infrastruktur

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, unverzüglich eine Regelung für hitzeresiliente Stadtentwicklung durch angepasste Sondernutzungen in den Bereichen Niederschlags-wassermanagement und Begrünung für öffentliche Flächen zu erarbeiten.

Für Regentonnen und (weitere) Sondernutzungen, die den Katastrophenschutz, die Umsetzung der Ziele des Hitzeaktionsplans [1] oder des Klimaschutzkonzepts [2] sowie die blau-grüne Infrastruktur befördern soll das Bezirksamt prüfen, ob bei Sondernutzungen nur eine Verwaltungsgebühr erhoben und auf Sondernutzungsgebühren verzichtet werden kann.

Der Regelungsvorschlag ist in den Ausschüssen für Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur sowie Mobilität und öffentliche Ordnung vorzustellen. Es ist ein expliziter Verweis auf der Internet-Präsenz des Bezirksamtes, ggf. mit Verweis auf mögliche zu beantragende (Dritt)Mittel, vorzusehen.

Darüber hinaus soll eine spätere Aufnahme in das Klimaanpassungskonzept geprüft werden.

Das Bezirksamt wird weiterhin ersucht, sich gegenüber dem Senat bzw. den jeweils zuständigen Stellen für eine Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen (vor allem Einleitung von Niederschlagswasser auf benachbarten Grundstücken [3]) einzusetzen und so das Konzept der „Schwammstadt“ weitergehend umsetzbar zu machen.

Berlin, den 20. Januar 2026

Einreicher: ,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen

_____ beschlossen mit Änderung

_____ abgelehnt

_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

einstimmig

mehrheitlich

Ja-Stimmen

Gegenstimmen

Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

gez. BV Almuth Tharan, BV Paul Schlueter, BV Axel Lüssow

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

- _____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

- einstimmig
mehrheitlich
Ja-Stimmen
Gegenstimmen
Enthaltungen

federführend

- _____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Der vom Bezirksamt beschlossene Hitzeaktionsplan (HAP) [1] beschreibt die besondere Berücksichtigung von naturbasierten Maßnahmen „der blauen und grünen Infrastruktur“ und einer angepassten Stadtentwicklung als weiteren Schritt in Richtung einer klimaangepassten Entwicklung des Bezirks. Die Maßnahmen im ebenfalls vom Bezirksamt beschlossenen Klimaschutzkonzept [2] sind u.a. „hitzeresiliente Stadtentwicklung“ und „Regenwassermanagement neu denken“ - diese wurden ebenso wie ein flächengerechter und sozial- und klimaverträglicher Straßenraum bei der Öffentlichkeitsbeteiligung besonders hoch gewichtet. Daher ist es auch bei der Gestaltung des bestehenden öffentlichen Raums notwendig, weitere Potenziale auszuschöpfen.

Der Katastrophenschutz und die entsprechenden Ziele sowohl des Hitzeaktionsplans als auch des Klimaschutzkonzeptes stellen ein öffentliches Interesse dar, nach dem entsprechend dem § 11 des Berliner Straßengesetz (BerlStrG) Sondernutzung eine Genehmigung in der Regel zu erteilen ist, wenn behinderte Menschen nicht erheblich beeinträchtigt werden und keine zwingenden Gründe der Verkehrssicherheit entgegenstehen. Eine Verkehrsbehinderung nach § 32 der Straßenverkehrsordnung (StVO) soll selbstverständlich nicht entstehen, diese soll jedoch möglichst gegenüber dem Hitzeschutz und der Schaffung mehr blau-grüner Infrastruktur auch auf öffentlichen Flächen abgewogen werden.

Die aktuellen Informationen und Antragsmodalitäten [4] für Sondernutzungen in Pankow enthalten noch keine Elemente, die die Umsetzung des Hitzeaktionsplans oder des Klimaschutzkonzeptes befördern, z.B. mehr kühlendes Grünvolumen oder Regentonnen für die Bewässerung des Stadtgrüns. Andere Bezirke haben bereits Formulare z.B. für Regentonnen [5] und erlassen generell die Sondernutzungsgebühr nach § 11 Abs. 9 des Berliner Straßengesetzes.

[1] <https://www.berlin.de/hitzeschutz/bezirksaktivitaeten/pankow/>

[2] <https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/beauftragte/klimaschutz/artikel.1511430.php>

[3] <https://regenwasseragentur.berlin/wassersensibel-planen/rechtsgrundlagen/>

[4] <https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/aemter/strassen-und-gruenflaechenamt/verwaltung/artikel.219595.php>

[5] <https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/aemter/strassen-und-gruenflaechenamt/oefentlicher-raum/artikel.1481622.php>

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

IX. Wahlperiode

Anwesenheitsliste

**Ausschuss für Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur am:
12.02.2026**

Beginn: **17:15 Uhr**

Ende: [REDACTED]

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Bezirksverordnete	Unterschrift	Vertreter
Drewitz, Jan - Bü 90/Grüne -	[REDACTED]	
Göring, Christoph - Bü 90/Grüne -	[REDACTED]	
Lenkeit, Marc - SPD -	[REDACTED]	
Lüssow, Axel - Bü 90/Grüne -	[REDACTED]	
Maillefert, Katrin - Linke -	[REDACTED]	
N.N., AfD - AfD -	[REDACTED]	
Rosensky, Ulrike - SPD -	[REDACTED]	
Seewald, Jan Arne - CDU -	[REDACTED]	
Simon, Oliver - FDP -	[REDACTED]	
Stang, Markus - CDU -	[REDACTED]	
Steinke, Claudia - CDU -	[REDACTED]	
Stiller, Jurik - Linke -	[REDACTED]	
Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
Hüchtemann, Tobias - auf Antrag SPD -	[REDACTED]	
Kayser, Felix - auf Antrag CDU -	[REDACTED]	
König, Melanie - auf Antrag AfD -	[REDACTED]	
Schmedt, Norbert - auf Antrag Bü 90/Grüne -	[REDACTED]	
Van hove, Tamara - auf Antrag Linke -	[REDACTED]	
stellv. Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
Delitz, Melanie - auf Antrag CDU -	[REDACTED]	

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

IX. Wahlperiode

Anwesenheitsliste

**Ausschuss für Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur am:
12.02.2026**

Beginn: **17:15 Uhr**

Ende: [REDACTED]

Unterschrift: [REDACTED]

F. d. R. d. A.

Franz, Andrea - auf Antrag SPD -

[REDACTED]

Fuchs, Benedict - auf Antrag Linke -

[REDACTED]

Röber, Sabine - auf Antrag Bü

90/Grüne -

BA-Mitglied

Unterschrift

Vertreter

Anders-Granitzki, Manuela - CDU -

BzStRin

[REDACTED]

Dr. Koch, Cordelia - Bü 90/Grüne -

Bezirksbürgermeisterin

[REDACTED]

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur am:

12.02.2026

GÄSTELISTE